

777.03(Schweden) - Is/ri

10. Februar 1967

Vertrauliche Notiz über die Besprechung vom 8. Februar 1967

zwischen

Herrn Bundesrat Schaffner
und
dem schwedischen Handelsminister Gunnar Lange

Zugegen ausserdem:

Von schwedischer Seite:

Minister Ryding
Botschafter Bökk und
Botschaftssekretär Homquist

Von schweizerischer Seite:

Botschafter Jolles
Botschafter Weitnauer
Minister Languetin
Dr. Iselin

I.

Beurteilung der britischen EWG-Sondierungen

Minister Lange:

Wilson und Brown wählten Rom als erste Etappe, weil sie einen begeisterten Empfang ("Fire Works") erwarteten. Aus privaten Aeusserungen der Briten ist bekannt, dass sie über die tatsächliche Aufnahme in Rom sehr enttäuscht waren. Dadurch, dass die Italiener sehr stark und im Detail die Schwierigkeiten im Agrarsektor bei einem britischen EWG-Beitritt hervorhoben,

halfen sie indirekt de Gaulle. Uebrigens wurden die Agrarschwierigkeiten auch in Brüssel sowohl in den Kontakten mit der belgischen Regierung wie mit der EWG-Kommission unterstrichen, und sogar nach britischer Darstellung erfolgte belgischerseits kein Einlenken.

Nach dem Ausdruck von Minister Lange wurden die Briten in Paris ungefähr behandelt wie ein artiger Hund, der nun stubenrein ist und dafür etwas getätschelt wird, oder wie ein Schüler, der zwar Fortschritte macht, aber die Klasse trotzdem wiederholen muss. Die britische Präsentation der Pariser Ergebnisse ist zu optimistisch. Wenn de Gaulle von Assoziation als Alternativlösung spricht, so ist das nur eine Tarnung seines Widerstandes gegen eine britische Mitwirkung in der EWG. De Gaulle hat über den Inhalt einer Assoziation kaum klare Vorstellungen. De Gaulle ist im übrigen viel zu schlauer Taktiker, um sich durch ein klares Nein im jetzigen Zeitpunkt zu kompromittieren. Ihm kann es nur recht sein, wenn die Briten in die Falle eines Beginns von Verhandlungen hineinlaufen, die nach Bedarf in die Länge gezogen werden können.

Allgemein hegt man schwedischerseits "serious doubts about the success of the British soundings". Dies ist das Ergebnis der schwedischen Botschafter-Konferenz aus EWG- und EFTA-Staaten vom 4. Februar d.J.

Interessant ist die Beurteilung der britischen Aussichten durch den holländischen Aussenminister Luns, der sich kürzlich sehr pessimistisch äusserte. Demnach werde Grossbritannien auf ein allfälliges Verhandlungsgesuch 1967 jedenfalls keine EWG-Antwort erhalten, 1968 vielleicht, wahrscheinlich aber erst 1969. Der Ausgang von Verhandlungen, wenn es überhaupt dazu komme, sei auch dann noch unsicher. Luns habe auch bestätigt, dass die Fünf der EWG jetzt niemals bereit wären, Paris durch London zu ersetzen, während eine solche Alternative vor der Beilegung der EWG-Krise in Luxemburg durchaus erwogen wurde.

Bundesrat Schaffner

beurteilt die Chancen der britischen Sondierungen gleich wie Minister Lange, insbesondere was die französische Haltung betrifft. Auch wenn die Briten in die französische Falle laufen und sich vorzeitig auf Verhandlungen einlassen sollten, ist de Gaulle geschickt genug, diese mit "méthodes dilatoires" nach Bedarf in die Länge zu ziehen. Er kann immer noch so grosse Schwierigkeiten bereiten, dass Grossbritannien "for another short eternity" aus der EWG ausgeschlossen bleibt. Die Briten zeichnen ein zu optimistisches Bild ihres Empfangs in den EWG-Hauptstädten.

Botschafter Jelles verweist auf eine wichtige Nuance in der französischen Version des Ergebnisses der Pariser Gespräche. De Gaulle hat demnach die Alternativlösung wie folgt umschrieben: "soit élaborer une construction tout à fait différente du Marché commun actuel, soit pourvoir un accord d'association entre celui-ci et le Royaume-Uni".

Botschafter Leng: Der dänische Europa-Minister Dahlgaard verbreitete eine absichtlich zu rosige Version der Pariser Gespräche, die indessen durch die Berichte des dänischen Botschafters in Paris dementiert wird. Demnach sei Paris so ablehnend wie eh' und je.

Botschafter Weitnauer berichtet über Aeusserungen des GATT-Direktors Wyndam White zum britischen GATT-Vertreter in Genf, wonach Grossbritannien wirtschaftlich die EWG gar nicht brauche. Die richtige Einstellung sei diejenige der Schweizer, die vor allem eine Handelsliberalisierung für einen weltweiten Markt von 500 Millionen Einwohnern anstrebten.

Ist es im übrigen richtig, fragt Botschafter Weitnauer, wenn die Schweiz Paris den Eindruck gibt, sie laufe den Engländern in Sachen Integration einfach nach? Mischen wir uns da nicht in eine rein politische Rivalität Paris-London ein?

Projekt des London-Besuchs von Minister Lange am 20. Februar

In seiner Eigenschaft als derzeitiger Präsident des EFTA-Rats hat Minister Lange mit britischen Regierungsmitgliedern, nämlich Aussenminister Brown, Wirtschaftsminister Stewart, Handelsminister Jay und dem neuen Europa-Minister Mulley, für den 20. Februar in London Besprechungen vereinbart.

Mit seinen skandinavischen Kollegen ist Minister Lange in letzter Zeit schon zusammengekommen. An den österreichischen Handelsminister Bock und an den portugiesischen Handelsminister Oliveira gedenkt er Briefe zu schreiben. Für die EFTA-Ministerkonferenz in Stockholm stehen wenige gewichtige Punkte auf der Traktandenliste. Die europäische Integration dagegen müsse ernsthaft diskutiert werden, und die Briten müssen wissen, was man von ihnen in Stockholm erwarte.

Von Brown wisse man, dass er ein überzeugter "Europäer", allerdings nicht im Sinn eines politischen Europas, sei. Wilson sei als Politiker vor allem Opportunist, und man müsse sich fragen, ob er die EWG-Bewegung, die er gestartet habe, noch aufhalten könne.

Lange gedenkt Brown gegenüber wie folgt zu argumentieren: "If you press now, you will only get a 'no'. But to get a 'no' at this time would be disastrous for EFTA. There won't be a Stockholm meeting if the whole story cannot be told." Ist es übrigens wahltaktisch klug, wenn die Labour-Partei vorzeitig Verhandlungen mit der EWG forciert, die in dieser Situation nicht gelingen können? Wäre es nicht besser, einen günstigeren Zeitpunkt für Verhandlungsbeginn, der auch näher beim Wahltermin liegen würde, abzuwarten? Lange will Brown verschlagen, dass in der EFTA ein formeller Beschluss gefasst werde, wonach kein Land Entscheide fällen soll, ohne die EFTA-Partner konsultiert zu haben.

Bundesrat Schaffner begrüsst diesen Plan von Minister Lange sehr und unterstreicht, wie wichtig es ist, dass Lange in seiner Eigenschaft als EFTA-Präsident und mit seinen guten Beziehungen zu den britischen Regierungsmitgliedern die Reise nach London unternimmt.

Von den britischen Vertretern in Stockholm erwarten wir nicht nur Informationen, sondern eine klare Ankündigung ihrer Pläne und die Möglichkeit einer ernstesten Diskussion mit den EFTA-Partnern vor irgendwelchen Entscheiden. Es gehe darum, den Briten folgendes kristallklar zu machen:

Die EFTA kann sich ein zweites Lissaboner Spiel nicht mehr erlauben. Die Stockholmer Konferenz würde besser verschoben, wenn die Briten nicht bereit sind, klar und im Detail Auskunft über ihre Absichten und den vorgesehenen Zeitplan zu erteilen. London muss die Zusicherung abgeben, dass es keine Entscheide ausserhalb der EFTA-Koordinierung fasst. London muss vor allem davon überzeugt werden, dass Verhandlungen mit der EWG höchstens dann Erfolg haben, wenn sie von einer Position der Stärke aus geführt werden. Sonst wird de Gaulle mit Wilson Katze und Maus spielen. Auch im besten Fall werden Verhandlungen lange dauern, und die EFTA muss eine solche Frist überstehen können. Bundesrat Schaffner fragt sich übrigens, ob es nicht die Absicht gerade von Heath sei, Labour eine Niederlage beizubringen, da er wissen müsse, dass die Zeit für britische Verhandlungen mit der EWG jetzt nicht reif sei. In diesem Zusammenhang stellt Bundesrat Schaffner Minister Lange die Frage, ob Lange in London nicht auch Wilson selbst sprechen sollte. Er ist intelligent und der geborene Verhandler. Er muss also verstehen, dass Verhandlungen aus einer Position der Schwäche heraus nicht gelingen können. Wilson muss einsehen, dass er die Fünf nicht gegen de Gaulle ausspielen kann.

Brown sollte selbst nach Stockholm kommen, um Auskunft zu geben.

Botschafter Jolles erinnert an die Erklärung Wilsons von London vom 5. Dezember 1966, wonach die EFTA-Konsultation eine "two-way street" sein soll. Auch für London ist es wichtig, die wahre Meinung der EFTA-Partner vor irgendwelcher Beschlussfassung kennenzulernen.

Minister Lange antwortet Bundesrat Schaffner, er wolle versuchen, auch Wilson selbst zu treffen. Um bei Wilson Erfolg zu

haben, müsse er diesen indessen davon überzeugen können, dass alle EFTA-Partner einen Erfolg der britischen Bemühungen um EWG-Anschluss im richtigen Zeitpunkt wünschen.

Könnte eine Absage der Stockholmer EFTA-Ministerkonferenz mangels einer klaren britischen Zusicherung der Konsultation nicht in der Öffentlichkeit gefährliche Diskussionen auslösen?

Bundesrat Schaffner: Auch das ist zu überlegen. Wir vertrauen Minister Lange, dass er die richtige Nuancierung findet.

III.

Projekt einer Rundreise Langes in den EWG-Hauptstädten nach der Stockholmer EFTA-Konferenz

Minister Lange stellt die Idee zur Diskussion, nach der Stockholmer Tagung die EWG-Hauptstädte zu bereisen, um allen EWG-Regierungen zu bestätigen, dass die EFTA-Partner einen britischen Erfolg wünschen.

Seine skandinavischen Kollegen (Dahlgard und Willoch) hätten darauf skeptisch reagiert.

Bundesrat Schaffner will sich diese Frage überlegen.

IV.

Auf Wunsch von Bundesrat Schaffner charakterisiert Minister Lange die Haltung der einzelnen nordischen Staaten wie folgt:

Dänemark: Ministerpräsident Krag war nicht ein EFTA-Freund, ist es aber heute. Er will die EFTA-Zollfreiheit beibehalten. Sozialistische Haltung: EWG-Anschluss nur mit Grossbritannien. Haekkerup, der neue Fraktionspräsident der Sozialdemokraten, ist in der Integrationsfrage sehr viel vorsichtiger als die anderen Sozialdemokraten.

Dahlgard betrachtet die EFTA als Hindernis auf dem EWG-Weg. Er nimmt auch nicht Rücksicht auf Finnland, dessen Position bei einem skandinavischen Vorstoss Richtung EWG sehr prekär ist.

Die Konservativen wären vielleicht bereit, auch ohne Rücksicht auf London sich mit der EWG zu verständigen.

Norwegen: Der norwegische Ministerpräsident ist den britischen Bemühungen gegenüber skeptisch. Im besten Falle würden britische Verhandlungen lange dauern. Es pressiere Norwegen nicht.

Handelsminister Willoch: Im Fall eines britischen Beitritts wird auch Norwegen beitreten.

Die norwegischen Sozialdemokraten drängen die Regierung zu einer Definition ihrer Position. Sie gelten als EWG-Anhänger.

Schweden: Wenn sich das Parlament heute zur Integrationsfrage aussprechen müsste, würde es, aus Neutralitätsgründen, mit überwältigender Mehrheit beschliessen "to maintain our position". Lange redet den Konservativen immer wieder zu, sie möchten die Regierung im heutigen Zeitpunkt nicht zu einer Stellungnahme drängen.

Lange unterstreicht die Wichtigkeit der Neutralitätsvorbehalte, vor allem der "treaty making power".

V.

Haltung Oesterreichs

Bundesrat Schaffner kritisiert den kürzlich von Wien in den Verhandlungen mit der EWG, wenn auch nur als "Arbeitshypothese", unterbreiteten Vorschlag einer stufenweisen Wiedereinführung der EFTA-Zölle nach einem österreichischen EWG-Beitritt. Diese Haltung ist ein klarer Verstoss gegen die Erklärungen von Lissabon und London. Die richtige Antwort der EFTA-Partner darauf ist: EFTA-Austritt innert Jahresfrist gemäss Stockholmer Konvention.

Das bisherige Ergebnis der Oesterreich-Verhandlungen bedeutet eine Satellisierung durch die EWG, die wir niemals akzeptieren könnten.

Aussenminister Toncic gab kürzlich zu, das von Handelsminister Bock in den Verhandlungen mit der EWG bisher erzielte Ergebnis sei in Moskau nicht zu verkaufen.

Bundesrat Schaffner wäre zu einer Integrationsaussprache mit Bundeskanzler Klaus nur bereit, wenn die Oesterreicher uns ihr Verhandlungsdossier öffnen würden.

Auch in diesem Zusammenhang unterstreicht Bundesrat Schaffner die Wichtigkeit einer engen Zusammenarbeit Schweiz-Schweden.

Minister Lange beurteilt die österreichischen Aussichten gleich. Wien "will not get what they have in hand now. The French won't let them because they don't want any difficulties with Moscow". Klaus wird selbst nach Moskau reisen müssen. Auch das wird nichts nützen; die EFTA-Partner werden diese bittere Pille also wohl nicht schlucken müssen.

Auch Minister Lange ist sehr erbittert über den österreichischen Vorstoss in Brüssel betreffend Wiedereinführung der EFTA-zölle. "I would like to slap them in their face, but as Chairman I have to be careful."

sig. Iselin